

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

„Aus den Tannen“  
Fernsprecher  
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: 30 Mark pro Jahr. Einzelheft 1 Mark. Anzeigenpreis: Die erste Zeile der ersten Spalte 10 Mark pro Tag, die zweite Spalte 8 Mark pro Tag, die dritte Spalte 6 Mark pro Tag. Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 271.

Allensteig, Montag den 19. November.

Jahrgang 1923

## Die Berliner Krise.

Durch den Zusammentritt des Reichstags am nächsten Dienstag wird das Kabinett Stresemann vor eine ernste Entscheidung gestellt. Seine parlamentarische Grundlage ist, da die Sozialdemokraten und Deutschnationalen wie die Bayerische Volkspartei geschlossen gegen es stehen, und infolge der Haltung des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei auch weite Kreise der Demokraten und des Zentrums mit Migranten über die weitere Entwicklung seiner Politik erfüllt sind, außerordentlich schmal. Wenn nicht ganz außergewöhnliche politische Ereignisse eintreten, darf man wohl sagen, daß dem Kabinett nur die Wahl zwischen einer Auflösung des Reichstags und seinem Rücktritt bleibt. Die Verlegung des Reichstags aufzulösen, liegt in der Hand des Reichspräsidenten Ebert. In Kreisen der Sozialdemokratischen Partei scheint man anzunehmen, daß der Reichspräsident dem Reichskanzler die Vollmacht zur Auflösung des Parlaments verjagen und die Lösung der Krise noch einmal mit den untauglichen parlamentarischen Mitteln und durch diesen bereits um alles Ansehen gebrachten Reichstags versuchen wird. Wenn das neue Kabinett den Forderungen der Stunde gerecht werden soll, dürfte es kein Kabinett der Mitte mehr sein, sondern müßte sich nur auf die bürgerlichen Parteien oder die Sozialisten und Kommunisten stützen. So bedauerlich diese neue, dem unseligen Parteigetriebe entspringende Krise in diesem Augenblick, wo wichtiger Dinge, vor allem das Schicksal des Rheinlands und die damit zusammenhängende Sorge um die Reichseinheit, das deutsche Volk einigen sollte, ist, so tut man doch gut, dieser Entwicklung ohne Voreingenommenheit entgegenzusehen.

Die auf Samstag anberaumte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ist auf Montag verlagert worden, da am Samstag die Vertreter des besetzten Gebiets in Berlin zur Berichterstattung erscheinen werden und sich die Reichsregierung auf Grund dieses Berichts und nach Rücksprache mit den ebenfalls wieder einberufenen Vertretern der Länder schlüssig werden will, ob die Erwerbslosenfürsorge für die Arbeitslosen im besetzten Gebiet ganz oder teilweise fortgesetzt oder eingestellt werden soll. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß ein Kompromiß zustande kommen wird, das zwischen den Interessen der notleidenden Bevölkerung und der notleidenden Finanzwirtschaft des Gesamtreichs einen Ausgleich anstrebt. Jedenfalls ist für diesen Ausgleich ein Kredit des Reichs bei der Rentenbank in Höhe von 100 Millionen Goldmark in Aussicht genommen worden, der bei der Reichsbank distantiert wird.

Der Beschluß der Reichsregierung, die Erwerbslosenunterstützung für das besetzte Gebiet einzustellen, hat zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten auch in den bürgerlichen Parteien geführt. Besonders die demokratische Fraktion hat den Beschluß beantragt und sich die Frage vorgelegt, ob er nicht von der Partei zum Anlaß genommen werden sollte, die demokratischen Minister aus dem Kabinett Stresemann zurückzuführen. Die Folge dieser Erwägungen waren lebhaftere Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien und dem Reichskanzler Stresemann, deren Ergebnis die Rückgängigmachung des in Frage stehenden Beschlusses der Reichsregierung war.

Im Reichstag hatte sich noch ein anderer Konflikt ergeben, der ebenfalls wieder beigelegt worden ist. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Röth hatte sich durch den Erlass des Generals v. Seeckt gegen die Schlemmerlose in seinen Befugnissen verletzt gefühlt und den Eingriff in die ihm zustehenden Befugnisse mit einem Rücktrittsgesuch beantwortet. Durch Verhandlungen konnte auch dieser Streit geschlichtet werden, und Röth hat sein Rücktrittsgesuch zurückgenommen.

Die „Zeit“, das Organ des Kanzlers Stresemann, weist darauf hin, daß der Kanzler nach wie vor entschlossen ist etwaige Schwierigkeiten vom Reichstag mit der Auflösung zu beantworten.

## Herans mit den Rhein- und Ruhr-Gefangenen!

3838 Privatpersonen, 317 Beamte sitzen trotz Aufgabe des passiven Widerstandes noch immer hinter Kerkermauern, weil sie ihr Vaterland nicht verraten wollten.

Deutsche, versteht die 4000 Männer nicht, die den waffenlosen Kampf für ihr Vaterland und die Freiheit ihrer Gefinnung mit dem Verlust ihrer persönlichen Freiheit gebüßt haben und noch immer hinter Kerkermauern schmachten! Tretet für ihre Befreiung mit Wort und Tat ein.

In 50 Gefängnissen und Zuchthäusern sind annähernd 4000 deutsche Männer eingesperrt, die der französisch-belgischen Besatzungsjustiz zum Opfer gefallen sind. 275 im Zuchthaus zu Werden, 270 in den Bonner Gefängnissen, 350 im Gefängnis und Zuchthaus in Trier, 300 in Siegburg, 200 in dem berühmten Zuchthaus von Zweibrücken, 17 in den französischen Gefängnissen von Nancy, Metz und St. Martin, 18 in den belgischen Zuchthäusern von Berwiers und Löwen, um nur einige der Strafanstalten zu nennen.

Die französisch-belgischen Kriegsgerichte, die 4000 Deutsche für Jahre hinter Kerkermauern gebracht haben, haben weder nach dem Versailles Vertrag, noch nach der französischen Rechtswissenschaft, noch nach dem Völkerrecht eine Rechtsgrundlage für ihr Vorgehen. Deshalb herans mit den Gefangenen!

Der oberste Grundsatz des Völkerrechtes ist, daß Bewohner eines besetzten Landes niemals gezwungen werden können, bei Handlungen mitzuwirken, die sich gegen die Interessen und gegen die Gesetze und Befehle des eigenen Vaterlandes und der eigenen Regierung, sowie gegen ihre Ehre und Gewissen richten. Trotzdem haben die französischen Kriegsgerichte 4000 deutsche Männer ins Gefängnis gesteckt, die sie auch nach Aufgabe des passiven Widerstandes noch nicht freigegeben haben.

Warum sitzen 4000 deutsche Männer noch immer im Gefängnis? General Degoutte hatte verordnet: „Die deutschen Behörden haben sich den Verordnungen der Militärverwaltung zu fügen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft.“ Die deutsche Regierung hatte verordnet: „Anordnungen der besetzenden Mächte ist keinerlei Folge zu geben. Es sind ausdrücklich die Weisungen der eigenen Regierung gültig.“ Welcher ehrliche Deutsche konnte da dem Gefängnis entgehen?

Warum sitzen 4000 Rhein- und Ruhr-Deutsche im Gefängnis? Weil sie so gehandelt haben, wie es jeder Staatsbürger in jeder anderen Nation zur Ehre seines Volkes getan hätte, wenn er sich selbst und seinem Vaterlande gegenüber nicht als Schut und Verräter gefühlt hätte. Darum herans mit den besten und ehrlichsten Kämpfern von Rhein und Ruhr!

Herans mit den Gefangenen von Rhein und Ruhr! Sie haben ihren waffenlosen Kampf für die Freiheit ihrer Gefinnung und ihres Vaterlandes mit dem Verlust ihrer persönlichen Freiheit büßen müssen. Recht und Menschlichkeit, die Achtung vor dem nationalen Ehrgefühl, das jede Nation als ihr heiligstes betrachtet, gebietet Frankreich und Belgien, diese Männer ihrer Freiheit, ihrem Vaterlande und ihrer Familie wiederzugeben!

Warum sitzen deutsche Eisenbahner im Gefängnis? Weil sie der französischen Regie ihre Dienste verweigerten und ihren Eid dem deutschen Vaterlande gegenüber nicht brechen wollten. Hätte ein Staatsbürger jeder anderen Nation, der nicht zum Verräter an seinem eigenen Volke werden wollte, anders gehandelt? Nein! Deshalb herans mit den Gefangenen!

Warum sitzen deutsche Redakteure im Gefängnis? Weil sie sich dem Zwange ihrer Feder im Interesse der Wahrheit und der Freiheit der Presse nicht fügen wollten. Hätte ein Staatsbürger jeder anderen Nation, der nicht zum Verräter an seinem eigenen Volke werden wollte, anders gehandelt? Nein! Deshalb herans mit den Gefangenen!

Warum sitzen Tausende von Rheinländern und Westfalen im Gefängnis? Weil sie sich in den Dienst dieses beispiellosen Kampfes des deutschen Volkes um seinen Rhein, sein Industriegebiet und die Freiheit der Arbeit stellten. Hätte ein Staatsbürger jeder anderen Nation, der nicht zum Verräter an seinem Volke werden wollte, anders gehandelt? Nein! Deshalb herans mit den Gefangenen!

## In keiner Zeit

war das Lesen einer Zeitung nötiger als heute, bei den Umwälzungen auf wirtschaftlichem und der Hochspannung auf politischem Gebiet. Man bestelle deshalb sofort unsere Zeitung.

## Die Abgabe an die Zechenbesitzer.

Berlin, 18. Nov. Die Verhandlungen zwischen den Zechenbesitzern des besetzten Gebiets und der Ingenieurkommission sind gescheitert und zwar deshalb, weil die Ricum die Anrechnung der Leistungen der Zechen auf Reparationskonto nicht anerkennen will. Die Zechenbesitzer haben am 14. November darauf die Ricum ein Schreiben zugesandt, in dem festgestellt wird, daß am ersten Tage der gemeinsamen Verhandlungen zwischen beiden Parteien Klarheit darüber bestand, daß die Grundlage des Vertrags die Liebernahme von Reparationslieferungen und Reparationsverpflichtungen sein sollte. In dem Schreiben wird betont, daß die Zechenbesitzer es außerordentlich bedauern würden, wenn der Vertrag, über den man bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungen zu einem Einverständnis gekommen war, an der Weigerung der Ricum, diese Leistungen als Reparationsleistungen anzuerkennen, scheitern würde. Trotz der schweren Bedingungen dieses Vertrags, die für die gesamte Industrie geradezu verhängnisvoll seien, hätten sich die Zechenbesitzer entschlossen, den Vertrag zu unterzeichnen und zwar lediglich mit Rücksicht auf die Angestellten und Arbeiter, die sie, solange es in ihrer Kraft liege, vor der drohenden Hungersnot und vor der Verelendung schützen wollten. Zum Schluß wird in dem Schreiben betont, daß die Zechenbesitzer jederzeit und an jedem Ort zu neuen Verhandlungen zur Verfügung stehen. — Daraufhin ist bei dem Bergbauischen Verein von der Ricum ein Schreiben eingegangen, in dem erklärt wird, daß die Besprechungen als abgebrochen zu betrachten sind, und die Ricum ihre Handlungsfreiheit wieder aufnimmt. Die Ricum hat darnach die Verhandlungen abgebrochen. Aus dem Schriftstück geht klar hervor, daß die Verhandlungen allein an der Frage der Anrechnung der Leistungen auf Reparationskonto gescheitert sind.

## Poincares Kammerrede.

Paris, 18. Nov. In der französischen Kammer hat Poincare am Freitag eine Interpellation wegen der Beschlagnahme französischer Flugzeuge in Deutschland zum Anlaß genommen, eine große politische Rede zur Rechtfertigung seiner Politik zu halten. Er sagte: Es wäre ihm eine große Befriedigung gewesen, wenn sich die Vereinigten Staaten an den Arbeiten der Sachverständigenkonferenz beteiligt hätten. Frankreich habe nur eine Untersuchung durch die Wiederherstellungs-Kommission annehmen können. Der Augenblick sei schlecht gewählt, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Zeit nach einigen Jahren abzuschätzen, denn im Augenblick sei sie sehr gering. Eine derartige Abschätzung im ungünstigsten Augenblick hätte zu einer Aenderung des Friedensvertrags und zur Herabsetzung der Schuld führen können. Das sei aber nur durch Einstimmigkeit der Verbündeten möglich. Die Verbündeten könnten gegenseitig nur Zahlungen fordern, wenn der Feind von gestern seine Schulden begleichen habe. Frankreich könne nicht das Spiel internationaler Finanzinteressen spielen. Frankreich habe eine zu weitgehende gegen sich gerichtete Abschätzung nicht annehmen können. Es habe geglaubt, am Rande des Abhanges stehen bleiben zu müssen. Trotz des Bestehens, mit den Amerikanern nicht zusammenarbeiten zu können, bleibe man dabei, die Abschätzung durch die Wiederherstellungskommission vornehmen zu lassen. Die Wiederherstellungskommission habe die notwendigen Reformen für Deutschland zu bezeichnen und ein Gesamtprogramm aufzustellen. Inzwischen werde man fortfahren, die Wälder immer härter anzubeten. Das seien die Ruhrbergwerke, die Eisenbahngesetze, eine Zollverwaltung und die Wälder. Aus Bergnügen handle Frankreich nicht allein. Was an ihm liegt, werde getan, um in vollkommener Einigkeit mit den Verbündeten zu handeln. Wir erwarten auch eine Verständigung über die Sicherheitsfrage. Die Rechte Frankreichs werde ich nicht preisgeben.

## Die Darstellung Ludendorffs.

München, 17. Nov. General Ludendorff hat dem Vertreter der „Expresskorrespondenz“ eine Darstellung der Vorgänge vom 8. November gegeben. Ludendorff erklärt darin: Nachdem sich Rahe, Lohse und Seiser schon vor der Versammlung im Bürgerbräuhaus zum „Vorschlag“ fest entschlossen hätten, sei ihm dies von Lohse erst am 7. November früh und von Rahe selbst am 8. November nachmittags 4 Uhr bekannt worden. Man habe sich nur noch nicht auf einen bestimmten Termin festgelegt, weil man auf einen Seiten aus dem Norden warten wollte.

...endend: legt Wert auf die Feststellung, daß in der ganzen Frage nicht er die Verbindung mit Löffow, sondern Löffow die Verbindung mit ihm aufgenommen habe. Bei seiner Ankunft im Bürgerbräukeller habe er Kahr und seine Leute mit Hitler bereits in dem kleinen Zimmer vorgefunden, wohin man sich aus dem Saal zurückgezogen hatte. Kahr habe in Gegenwart des Generals geäußert, er sei auf dem Weg vom Saal zum Zimmer bedroht worden und könne deshalb nicht mitmachen, weil dann seine Autorität gefährdet sei. Von einer Bedrohung im kleinen Zimmer selbst sei keine Rede gewesen. Die Hitlerleute hätten im Gegenfall mit blühend gelächelten Händen Kahr um einen entscheidenden Entschluß angefleht. Darauf habe Kahr zugestimmt und alle seien einig, in freier Entscheidung vor die Kasse zu treten. Kahr habe zunächst von „Bedingungen mit dem Revolver“, jedoch nach Kenntnis der Aussage Ludendorffs vor dem Staatsanwalt nur noch von einer „Revolverkomödie“ gesprochen. Von dem „Umfall“ Kahr's, so berichtet Ludendorff sei er von keiner Seite benachrichtigt worden. Er bezeichnet daher das Vorgehen Kahr's, Löffow's und Seifers als Verrat.

**München, 18. Nov.** Die Nationalsozialisten widersetzten sich der Auflösung ihrer Partei. Die Leitung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei verbreitet einen Handzettel, in dem sie sagt, sie erkenne die widerrechtliche, nach einem Treubruch sondergaltig angeordnete Auflösung der Partei nicht an. Das rücksichtslose Vorgehen des Generalsstaatskommissars verpflichte sie, noch schärfer als bisher den Kampf gegen die deutschfeindlichen Mächte des Judentums und des römischen Jesuitenordens zu führen.

### Der Kronprinz in Deutschland.

**Berlin, 18. Nov.** An dem Tage, da der ehemalige deutsche Kronprinz in Dessau eintrifft, ist das Städtchen überfüllt von Vertretern der größten Zeitungen aus aller Welt. Engländer und Amerikaner wetteifern in heißem Bemühen, den Lesern ihrer Blätter möglichst viel von dem Dramen und Drama der Rückkehr des Kronprinzen aus fünfjähriger Verbannung berichten zu können. Rolf Brandt schildert im „Vollstundzeitung“ den Augenblick der Einfahrt, der „in dem Drama Deutschlands eine warme menschliche Szene bedeutet“, und fährt dann fort:

Am Tage nach der Ankunft sieht sich der Kronprinz das Schloss an, so wie es jetzt eingerichtet ist, und läßt sich die Beamten vorstellen. Die Kronprinzessin geht mit ihm, hängt sich an seinen Arm, und so gehen sie von Zimmer zu Zimmer, Schlossherr und Schlossfrau. Sie kommen in das Sekretariat. Der Kronprinz geht auf mich zu. Es kommt zu einem Gespräch, das sehr gleichlautend anfängt. Ich bemerke, daß ich mich fräule, daß der Kronprinz wieder daheim wäre. Der Kronprinz, der, wie zu begreifen ist, voll innerer Bewegtheit ist, sagt mit dieser Verlässlichkeit im Ton: „Wie ich mich selbst freue, kann ich gar nicht sagen.“ Später hat der Kronprinz eine lange Unterhaltung mit mir über die Sorgen der Berliner Bevölkerung. Sein Haar ist ganz grau geworden. Um den Mund stehen scharfe Falten. So sonnenverbrannt das Gesicht vom Aufenthalt im Freien auch ist, es ist die Geschichte von schweren Tagen und Nächten in ihm zu lesen. Das Wehen des Schicksalswindes hat diesem vierzigjährigen die grauen Haare gegeben, und immer wird Geschichte um ihn sein, auch wenn sich die Schlossflügel hinter dem „Privatmann“ geschlossen haben. Denn der Kronprinz hat nur den einen Wunsch, den er ein paarmal wiederholt, daß diese Pressebelagerung für lange, lange Zeit die letzte sei. Er will in Ruhe seinen selbstgewählten persönlichen Pflichten leben und innerhalb seines Vaterlandes arbeiten.

### Leserbrief.

Der Grund, weshalb wir uns über die Welt täuschen, liegt sehr oft darin, daß wir uns über uns selbst täuschen. J. J. Mohr.

## Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenlein. (Nachdruck verboten.)

(27)

„Soll ich dem Bauer seine Sache und geht dich nichts an.“ sagt sie und öffnet eine zweite Tür. „Aber da mußt dich auskennen. Schau nur gut hin. In den Truhen da liegt die Leinwand, die wir halt so nach und nach zusammengeknüpft haben. Dahinter ist die Schafwolle. An die Stangen da drüber mußt das Rauchsfleisch hängen und die Schinken und den Speck — das Jahr sind wir gut ausgekommen damit. Fein einteilen, das ist die Hauptsache, Dirn. Mit zu früh alles hernehmen. Das Butterbrot mußt du von der Alm kommen in die Käbel dort auf der Wandleiste und das Schweinsfleisch stelltst auf den Tisch. Wenn der über und über voll ist, nachher langt's grad übers Jahr. Die Brotlaib lehnst fein sauber auf's Brotbrot. Alle vier Wochen mußt schon baden. Und mit jüdeln Saureteig hinein und den Feuchtl nicht vergessen! Der gibt 'n Brot die Kraft. Um die gegebten Hände brauchst dich nit zu scheeren, das ist wieder 'n Bauer seine Sache, daß er sie fein ausstucht und abteilt fürs Schuhwerk.“

Kosel hat mit großen Augen um sich geblickt. Jetzt fällt sie der Tante fast heftig in die Rede: „Was sagt denn die Tante alweg, ich sollt schauen, ich sollt tun... wird uns die Tante doch nicht fort wollen?“

Die Alte fährt sich hastig über das verrunzelte Gesicht das voll Fältchen und Finien ist wie ein abgetrockneter Kopsapfel. „Ja firt, Kosel, grad fell will ich tun. Red mir nig dawider. Hab's wohl überdacht. Sein muß...“

Den in Dessau anwesenden zahlreichen ausländischen, namentlich amerikanischen Journalisten, und den deutschen Pressevertreter gab der Kronprinz folgende Erklärung: Ich bin glücklich, endlich nach neun Jahren wieder in der Heimat zu sein, bei Frau und Kind, auf meinem Besitz; glücklich, wieder inmitten meiner deutschen Landsleute zu leben und das Schwere mit ihnen zu tragen, das über Deutschland gekommen ist; froh, meine alten Freunde aus dem Frieden und die Kameraden aus dem Kriege zu sehen. Ich habe ganz die Absicht, mich meinen persönlichen Pflichten zu widmen und innerhalb meines Vaterlandes, an dessen Wiederaufbau meines Vaterlandes, an dessen Wiederhochkommen ich nicht zweifle, mitzuarbeiten.

Der Kronprinz ließ dann ausdrücklich bitten, ihn vollkommen als Privatmann zu betrachten, und ersuchte darum die bestimmte Erwartung, daß er seinerseits in halbamtliche oder amtliche Verührung mit der Presse nicht mehr zu kommen brauche.

### Die Lage in der Pfalz.

**München, 18. Nov.** Die Lage in der Pfalz spitzt sich immer mehr zu. Im Regierungsgebäude in Speyer werden von den Separatisten dauernd neue Leute angeworben, die von einem französischen Militärarzt auf ihre Tauglichkeit untersucht werden sollen. Man vermutet in den Anwerbungen Vorbereitungen zur Schaffung einer ausgesuchten Militärpolizeiabteilung. Inzwischen wurden auch die Städte Kofel und Gernersheim besetzt.

### Mussolini fordert die Räumung der Ruhr.

**Rom, 18. Nov.** Mussolini hielt im Senat eine Rede, in der er sagte, Italien stimme mit England dahin überein, daß keine Auslieferung des Kronprinzen und keine neue Besetzung des Gebietes angedroht werden soll. Italien beantrage die Räumung des Ruhrgebietes, die Herabsetzung der Reparationen und ein Moratorium. Er verspreche, der deutschen Regierung Unterstützung in der Lösung des großen Problems. Das deutsche Volk könne nicht unterdrückt werden. Mussolini schloß mit der Bemerkung, Italien sehe den Ereignissen voll Vertrauen entgegen. Sein Heer sei gerüstet.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 19. November 1921.

**Der Anflug mit den „Notgeldstempeln“.** Die „Friedens“-Tausendmarkscheine, die rotgestempelten „Braunen“, werden seit längerer Zeit von Liebhabern und noch mehr von Spekulanten zu hohen Preisen aufgekauft. ... den wiederholt auf diesen Anflug aufmerksam gemacht und mitgeteilt, daß die Ansicht, bei einem etwaigen neuen Umsturz werde das älteste Geld den größten Wert haben, ebenso irrig ist wie alle anderen Gerüchte über die „Notgeldstempeln“. An eine Aufwertung der alten Reichsbanknoten ist nicht zu denken! Das Reichsbankdirektorium hat folgendes erklärt: Die im Publikum verbreiteten Gerüchte über eine höhere Bewertung entbehren jeder Grundlage, da die Reichsbank durch Gesetz vom 1. Aug. 1914 der Verpflichtung zur Einlösung ihrer Noten in Gold entbunden ist. Infolgedessen sind die vordem in den Verkehr gegebenen Noten den später ausgegebenen Noten völlig gleichgestellt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Handel mit Reichsbanknoten und Darlehensschecken zu einem den Kennwert übersteigenden Preise verboten und mit hoher Strafe bedroht ist.

**Verhältniszahl beim Steuerabzug.** Die Verhältniszahl für die Ermäßigung beim Steuerabzug vom Arbeitslohn beträgt vom 18. bis 24. Nov. unverändert 300 000.

„Tante — Beva!“ schreit Kosel plötzlich auf und packt verzweifelt der Alten dünnen Arm. „Werdet mir doch das nit antun! Fortgehen...“

Sie hat endlich begriffen, daß es ernst gemeint ist. Die Alte wirft einen wunderlich unsicheren Blick um sich und murmelt dann rau: „Jetzt weiß ich nit, was du hast, närrische Dirn? Wird sich eins doch auch einmal austrasten dürfen...“ Dann schreit sie plötzlich mit erzwungener Lebhaftigkeit auf, als draußen Stimmen laut werden: „Jehel nein, jetzt sind die schon von der Kirche zurück! Wird mir doch die Suppen derweil nit übergelaufen sein. Und der Tisch ist auch noch nicht gedeckt. Schnell Dirn, bezie dich!“

Und sie trippelt hastig hinter Kosel her, versperrt die eisenschlagene Tür und schiebt Kosel den Schlüssel in die Hand. „So. Tu wohl acht geben drauf! Gehen tu ich zu heiligen Dreikönig, aber Frau bist jetzt schon da auf 'n Groß-Reicherhof!“

Die Suppe war nicht übergelaufen und einen recht schaffenen Hunger bringen die Riechengeruch auch mit. Was aber das Verwunderlichste ist: der Bauer hat seinen Humor wieder gefunden.

Er scherzt mit dem Großknecht Martl und sagt sogar kein Wort, als der feste Weidwib, der seinen Weinschlüssel zuerst nach dem Bauer in die Schüssel geschoben hatte und deshalb von Ferdi, dem Ochsenknecht, zu recht gewiesen wurde, schalkhaft antwortet: „Jetzt schau einer den Ferdi an! War er heut in der Predigt und hat nicht gehört, wie der Herr Kaplan es verkündet hat: „Von Morgen und Abend, von Mittag und Mitternacht werden sie kommen und sich zu Tisch setzen. Und es werden die letzten die ersten sein!“ Nachher muß wohl ich, der ich alswel der letzte bin im Haus, heut einmal der erste sein!“

Alle lachen, selbst die Alte, die sonst bei solchen Ungeheuerlichkeiten des Lenz stets ein strenges Gesicht macht. Sie lacht auch, wie die schwarzäugige Traudl, während

\* Nagald, 17. Nov. (Bürgerkade.) Hier wurde eine Bürgerkade eingerichtet. Zur Eröffnung dieser Einrichtung hatte sich eine Anzahl Männer aller Kreise im Mädchenklubhaus eingefunden. Nachdem die leitenden Gedanken für Durchführung der Sache dargelegt worden waren, verbrachten die Anwesenden den Abend in angenehmem Zusammensein bei gutem Besoff, bei Gesellschaftsspiel und anregender Unterhaltung. Man kam überein, zunächst jeweils am Dienstag, Donnerstag und Sonntag das Lokal für diesen Zweck zu belagern, am Dienstag und Donnerstag je von 7—10 am Sonntag von 5—10 Uhr.

**Stuttgart, 18. Nov.** (Zwei weitere Todesopfer.) Der bei dem Einbahn-Unglück schwerverwundete Lokomotivheizer Julius Hellmer von Kornwestheim und der Oberschaffner Gottlob Müller aus Stuttgart, der ebenfalls schwer verletzt war, sind ihren Verletzungen erlegen. Damit ist die Zahl der Todesopfer auf zwölf gestiegen. Das Bestehen der übrigen Verunglückten ist berichtigend.

**Stuttgart, 18. Nov.** (Verbot.) Der Militärbezirkskommandant des V. Bezirks hat die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ für die Zeit vom 17. bis 28. November einschließlich wegen des in der Freitagnummer enthaltenen zum Bürgerkrieg aufreizenden Artikels verboten.

**Goldmarkpreise.** Ein Liter Milch kostet jetzt hier 30 Goldpfennig; eine Straßenbahnfahrt 8, 10 und 15 Pfennig.

**Salach, 18. Nov.** (Unfall.) In einem Kolonialwarengeschäft wurden nachts die Fenster Scheiben eingeworfen, so daß am andern Morgen Hunderte von Steinen in den Zimmern lagen. Auch wurden Schätze abgehoben. Ebenso wurden die Scheiben einer Metzgerei mit Backsteinen eingeworfen.

**Bogt, 18. Nov.** (Brand.) Am Donnerstagabend ist der Wagen- und Holzschuppen des Gasthofs zum „Adler“ in Brand geraten. Der Brand konnte auf seinen Herd beschränkt werden.

**Kulendorf, 18. Nov.** (Trodenbängerfabriken.) Die Deutsche Alk. Jüderphosphat A.-G. (Dofag) beabsichtigt, an allen größeren Plätzen in Württemberg, Hohenzollern und Bad. Schwaben Trodenbängerfabriken zu errichten. Die Vorbereitungen hierfür sind im Gang und Verhandlungen zwecks Erwerb von Baugrundstücken mit den Stadtverwaltungen Göppingen, Ulm, Biberach, Ravensburg, Weingarten u. a. eingeleitet. An dem Unternehmen sind sämtliche deutsche Kalkwerke interessiert.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt.

**Der ehemalige bayerische Justizminister Roth verhaftet.** Dr. Roth ist am Freitag verhaftet worden, wohl im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen. Roth ist vor kurzem aus der Mittelpartei ausgestiegen. Als Führer eines Teils der vaterländischen Verbände hat er immer die schärfste Tonart angeschlagen und sich mit Hitler besonders engliert.

**Dr. Feigners Mandatniederlegung.** Während sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit der Angelegenheit Feigner beschäftigte, traf ein Schreiben des früheren Ministerpräsidenten ein, in dem dieser erklärt, sein Mandat niederzulegen.

**Beisprechung zwischen General Degoutte und Krupp.** Der Düsseldorfener Berichterstatter des „Petit Parisien“ teilt mit, daß Krupp von Böhlen und General Degoutte eine Beisprechung gehabt haben.

**Ein Zweckerband für die besetzten Gebiete?** Das Reichskabinett hat sich erneut mit der Rhein- und Ruhrfrage beschäftigt. Es soll in den besetzten Landesteilen ein Zweckerband auf der Grundlage einer erweiterten Selbstverwaltung gebildet werden, der alle notwendigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen treffen kann. Der 1.ber. Ausblick wird am Samstag

vergibt, den Köffel zum Mund zu führen, und einen vom Jäger-Martin die Rede ist, vor lauter Andacht ganzen Balken Grubenkraut mit Speck auf das frische Tischstuch fallen läßt.

Niemand hat die alte Beva so aufgeräumt gesehen als an diesem Sonntag. Es ist, als wollte sie mit Fleiß zeigen, wie guter Laune sie sei.

Beim Haferraus, das den Schluß des Mahles bildet, fragt sie den Oberknecht: „Na, Martl, tußt ja gar nichts Neues erzählen, heut? Wird wohl allerhand gehört haben unten, was sie treiben in Lorenzen?“

„Leg mir los, Martl! Weißt es so, Weiberkent sind so viel neugierig.“

Da schließt Martl, daß es dem Bauer wohl recht ist, wenn er seine Neuigkeiten austrinkt, und berichtet, was er gehört hat.

Die Verbauern Diesel geht fort aus Lorenzen. Drin in der Stadt beim Metzger hat sie einen guten Boden angenommen und die alte Verbauernin ist ganz stolz darauf, denn „für eine Bauernidn ist mir die Diesel lang zu gut und in der Stadt kann sie ihr Glück machen...“ sagt die Verbauernin.

„Und Recht hat sie!“ sagt höhnisch schmunzelnd der Groß-Reicher, „hab 's so im voraus geruoft. War ja rein närrisch, wollt' heutigtags eins noch bei der Brauerei verbleiben, beim lieben Licht und in den verstaubten Stuben, wo drin in der Stadt so ein helllichtes Licht brennt.“

Und Martl fährt fort in seinem Bericht: „Wird so der Verbauern Hans auch nimmer lang hinterm Flug gehen. Mit der Reamers-Bois wird's richtig. Er firt schon Feiertabend bei ihr im Baden und der Grabenschwein hat sie's anvertraut: nach Weihnachten wird sie der Marren verflünden allzwei.“

Kosel sagt kein Wort. Stumm und Starr schaut sie vor sich hin und ihre blutroten Lippen sind fast so weiß wie das Tischstuch geworden.

(Fortsetzung folgt.)

in Berlin erwartet, um mit dem Reichsanwalt die Forderung zu nehmen.

**Goldkammer zur die Bauarbeiten.** Der vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuss hat einen Schlichtungsbescheid gefällt, der Goldkammer vorliegt. Die Parteien haben sich bis zum 22. ds. Mts. über Annahme oder Ablehnung zu erklären. Der Schlichtungsbescheid ist von den Arbeitgebern bestritten, von den Arbeitnehmern aber angenommen worden.

**Einigung der Reichsregierung.** Auf Veranlassung der englischen Regierung, die vermutlich nach einer Kommissionsformel sucht, ist die am Samstag angelegte Postkonferenz vertagt worden.

**Verpflichtung für polnische Oberlehrer.** Die Militärkommission des polnischen Sejm nahm in 3. Lesung das neue Gesetz betr. die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auf dem Gebiet der polnischen Republik an. Damit unterliegt der Wehrpflicht nunmehr auch der polnische Oberlehrer, obwohl der polnische Sejm bei der Befreiung dieses Teiles Oberlehrers dessen Bewohner durch ein Gesetz ausdrücklich für die ersten 8 Jahre vom Militärdienst befreit hatte.

**Amerikanischer Präsidentschaftskandidat.** Der Senator Johnson teilt mit, daß er beabsichtigt, sich von der Republikanischen Partei als Kandidat für die Präsidentschaftswahl anstellen zu lassen. Johnson sagte hinzu, er sei ein Gegner des Völkervertrags.

**300 000 Bächer verbrannt.** In Bern ist durch den Brand eines Lagerhauses ein unermesslicher Bächer Schaden angerichtet worden: der ganze Bestandsvorrat der Buchhandlung Franke, einer der größten Schweizer Buchhandlungen, ist zugrunde gegangen. Ungefähr 300 000 Bächer sind ein Raub der Flammen geworden. Der materielle Schaden an Karten und Bächen wird auf mehrere hunderttausend Schweizer Franken geschätzt. Dazu ist ein unermesslicher ideeller Schaden entstanden, da viele der vernichteten Werke nicht mehr ersetzt werden können.

**Eierlegen um die W. e.** Englische Geflügelzüchter haben jeden einen Wettbewerb begonnen, an dem über 2000 Hühner teilnehmen sollen. Die berühmtesten Eierleger der verschiedenen Rassen werden um den Preis kämpfen, wer im Laufe von 12 Monaten die meisten Eier legt. Der Wettbewerb sieht wertvolle Preise vor, sowohl für Züchter, wie für die Hühner. Das siegreiche Huhn darf sein letztes Ei höchstselbst ausbrüten. Da lachen die anderen Hühner.

**Die verbotene Blutwurst.** Man soll nicht glauben, daß nur unsere Zeit an kuriosen Verordnungen und Verböten reich ist; auch im frühen Mittelalter konnte man sich noch über seltsame Erbkisse verwundern und je nach Temperament darüber ärgern oder amüsieren. So erließ, wie in der „Gartenlaube“ (Nr. 44) zu lesen ist, der byzantinische Kaiser Leo II. einmal ein nachdrückliches Verbot gegen den Genuß der Blutwurst und sagte darin: „Wir können nicht länger ausstehen und zugeben, daß die Ehre des Staates durch eine so frevelhafte Erfindung bloß aus Schlemmerei und Frechheit schände geschändet wird. Auch die Obrigkeit der Städte sind wir nicht gesonnen, frei ausgehen zu lassen, denn hätten sie ihr Amt mit mehr Wachsamkeit geführt, so wäre eine solche Unart nie begangen worden. Sie sollen ihre Nachlässigkeit mit zehn Pfund Gold büßen“. Welche Freude würde der eifrige Byzantiner an dem heutigen Deutschland haben, in dem durch freundliche Mitwirkung gewisser Leute sich kein anständiger Mensch mehr ein Stück der vermaledeiten Blutwurst kaufen kann.

**Eine Zeppelin-Industrie in Amerika.** General Partridge, der Chef der amerikanischen Luftflotte, hielt dieser Tage in Acton im Staate Ohio eine Rede, in der er die beschlossene Niederlassung der Zeppelin-Industrie in dieser Stadt feierte. Er kündigte an, daß das Kriegsdepartement beabsichtige, im Jahre 1924 eine Luftflotte um die Erde zu senden. Es seien neue Pläne erworben worden, nach denen ein Flug über 3000 Kilometer ohne Zwischenlandung möglich sein werde, während die längste zu durchfliegende Meeresstrecke nicht über 1500 Kilometer betrage. Die Flotte werde zuerst von der Ostküste nach der pazifischen Küste, dann nach Alaska über die Beringstraße nach Sibirien, von Insel zu Insel nach Japan, weiter über Persien, Mitteleuropa nach Skandinavien, von hier nach Grönland und von dort nach Afrika fahren.

**Reichsklassenheine als Tapeten.** Ein Friseur in Landsbut hat sich, um teure Tapeten zu sparen, ein Zimmer mit allen möglichen, jetzt so gut wie wertlosen Reichsklassenheinen tapetiert. Es sollen sich ganz hübsche Muster ergeben haben.

**ep. Fortschritte der deutsch-amerikanischen Presse.** Die deutsch-amerikanische Presse ist durch den wirtschaftlichen Wohlstand während des Krieges auf den dritten Teil ihres einstigen Bestandes zusammengeschrumpft und weist nur noch 200 Zeitungen und Zeitschriften, darunter bloß 70 täglich erscheinende auf. Seit Kriegsende ist jedoch eine Aufwärtsentwicklung und sogar als Rückschlag gegen die gewissenlose Hege gewisser englisch-amerikanischer Blätter ein vermehrter Einfluß der deutschsprachigen Presse in Nordamerika zu bemerken.

**ep. Französisches Vorgehen gegen die evang. Kirche.** Nachdem die Franzosen kürzlich in Essen den Leiter des Ev. Presbyterverbandes im Rheinland unter nichtigem Vorwand zu 1 Jahr Gefängnis und 500 Goldmark verurteilt haben, sind nun von ihnen die beiden Pfarrer Lindemann und Kayser wegen eines Versuchs ins unbefestete Gebiet zu gelangen, zu je 3 Monaten Gefängnis und 500 Goldmark Strafe verurteilt worden. Ein weiterer evangelischer Pfarrer darf in Birschwiler ist wegen einer vor acht Monaten im Kirchengericht angefügten Warnung vor dem Anlauf von den Franzosen beschlagnahmten Holzes ins Gefängnis geführt und Pfarrer Grünler in Kirchberg wegen angeblich franzosenfeindlicher Propaganda grundlos ausgewiesen worden. Das Justizministerium in Bessebe in Völpard wurde für Zwecke der französischen Heeresverwaltung beschlagnahmt und die Oberin binnen 1 1/2 Stunden ausgewiesen.

### Ratschläge für Auswanderer.

op. Da die Zahl der Auswanderer aus Süddeutschland, insbesondere aus Württemberg und Baden, in der letzten Zeit ganz außerordentlich zugenommen hat — in Hamburg sind wiederholt mit demselben Tage ihrer 40 und mehr, meist alleinstehende junge Leute beiderlei Geschlechts angekommen — ihnen aber schon in den deutschen Hafenstädten große Gefahren drohen, so dürfte es sich empfehlen, einmal zu zeigen, wie Auswanderer sich am besten vor solchen Gefahren schützen können.

Diejenigen, die noch eingehender Erkundigung bei den nächsten zuverlässigen Auskunftsstellen, also in Süddeutschland bei den Zweigstellen des Reichswanderungsamts, insbesondere bei dem deutschen Auslands-Institut in Stuttgart, sich zur Auswanderung entschlossen haben, tun gut, wenn sie diesen ihren Voratz möglichst zeitig den Auswanderermissionen in der für sie in Frage kommenden Hafenstadt — Bremen, Georgstraße 22, Hamburg, 13, Behnhstraße 14 — mitteilen, und zwar unter Angabe des Schiffes, das sie zu benutzen gedenken und des Tages, an dem dies abfahren soll, damit ihre Ankunft in dem überseeischen Hafen, insbesondere in New York, der dortigen Auswanderermission rechtzeitig gemeldet werden kann, denn ohne eine solche direkte Aufforderung, einen bestimmten Auswanderer abzuholen, ist insbesondere in New York, selbst den Vertretern der Auswanderermission das Vordringen des Landungsplatzes, zu dem sie früher jederzeit freien Zutritt hatten, nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen der Vereinigten Staaten nicht mehr gestattet.

Einige Tage vor dem Verlassen der Heimat ist dann den Auswanderermissionen genauer Tag und Stunde der Abfahrt und möglichst auch der Anlauf in der Hafenstadt anzugeben, bei den Schnellzügen auch, welche Strecke gewählt wird, ob über Würzburg oder Frankfurt, da sonst insbesondere in Hamburg, wo früh wie abends Schnellzüge von beiden Orten und bald nacheinander eintreffen, leicht Irrungen vorkommen. Ebenso ist es wünschenswert, ein oder etliche Erkennungszeichen anzugeben, etwa Farbe der Kleidung oder die Lederwerkstatt des Auslands-Instituts bzw. der Auswanderermission, die dann aber auch bei der Ankunft sichtbar getragen werden müßte und nicht etwa erst nach dem Erkennen des Missionars aus der Tasche gezogen bzw. lange gesucht werden müßte, wie dies nicht selten vorkommt. Endlich können die Auswanderer für Hamburg nicht dringend genug ermahnt werden, ruhig vor ihrem Abteil stehen zu bleiben, bis sie von dem Direktor der Auswanderermission, der stets persönlich am Bahnhof ist, oder von der ihn unterstützenden Bahnhofsmissionarin, die beide an einer weißen Armbinde zu erkennen sind, angeredet werden, da sonst bei dem Riesenverkehr auf dem bewegten Bahnhof mit verschiedenen Ausgängen das Auffinden ungemein erschwert wird, ja fast unmöglich ist. Sollte aber trotzdem — etwa bei mehrstündigen Verspätungen oder wenn der Stuttgarter Zug in Würzburg bzw. Frankfurt den Anlauf nicht erreicht — bei der Ankunft kein Vertreter der Auswanderermission bzw. Bahnhofsmission am Bahnhof sein, so läßt man sich von dem Bahnhofsbeamten an der Sperre das Büro der Bahnhofsmission zeigen, wo dann nähere Auskunft erteilt wird.

Die Auswanderermissionen sorgen dann zunächst für gute, möglichst billige Unterkunft, nehmen insbesondere alleinstehende junge Mädchen und Frauen in spezielle Obhut. In Hamburg werden die Passagiere 3. Klasse, die mit der Hamburg-Amerika-Linie fahren, in deren Auswandererhallen fünf Tage unentgeltlich verpflegt, allerdings nur in Massenquartieren; aber gegen Zahlung jetzt von 1/2 Dollar pro Tag kann jeder dort in den gut eingerichteten sog. Hotels Wohnung nehmen. Freilich auch hier nur mit drei oder vier anderen. Sonst sind die bekannten christlichen Hospize zu empfehlen. Von dort werden dann die Auswanderer nach dem Büro der betreffenden Schiffsagenten, dem Konsulat, den Unterbringungsräumen der Ärzte und schließlich an den Dampfer geleitet, nachdem mit ihnen ein Abschiedsgottesdienst gehalten worden ist.

Endlich werden die Namen aller Auswanderer, die zu erreichen waren, und zwar möglichst unter Angabe der Abreise in Amerika an den Präsidenten der Vereinigten Evangelischen Kirche in den Vereinigten Staaten, die die Fürsorge für die einwandernden Hausgenossen in die Hand genommen hat, und von ihm dann an die zuständigen Pfarrer gemeldet, damit diese dann stets von den neuen Gemeindegliedern Nachricht erhalten und sie aufsuchen können. Ganz ähnlich ist die Fürsorge auf katholischer Seite geregelt.

Alle diese Hilfestellungen der Auswanderermissionen sind unentgeltlich, nur die immer höher werdenden Portoaufschläge können sie nicht mehr selbst tragen; es empfiehlt sich also, den Anfragen stets Marken für die Rückantwort und die Briefe nach Amerika beizulegen.

### Das neue Berlin.

Das neue Berlin. Die neue Stadtfläche und vier Millionen Einwohner. Es fast seit 1920 acht Städte, 59 Dörfer und 27 Gutsbezirke zusammen. Die Einwohnerzahl ist höher als die des „Groß-Berlin“ vor dem Kriege, weil Hunderttausende von Flüchtlingen — Deutschstämmige und Ausländer — hinzugekommen sind. Jahrzehnte hindurch ist um das neue Berlin gekämpft worden. Einzelne Gelegenheiten, es zu erreichen, wurden durch Kurzsichtigkeit und Selbstsucht der Beteiligten verpasst. Die endlich vollzogene Vereinigung der Gemeinden, die wirtschaftlich und politisch längst zusammengehörten, kam gut und gern um 50 Jahre zu spät und unter überaus schwierigen außen- und innenpolitischen Verhältnissen. Es ist keine ganze Arbeit geleistet worden, aber man hat doch einen großen Schritt vorwärts getan. Ein „Hurra“ gibt es nicht.

Der unglückliche Ausgang des Krieges, der politische Wirrwarr und die wirtschaftliche Not haben dem inn-

ren Aufbau und der gesamten Stadtpolitik des neuen Berlin die größten Hemmnisse bereitet, so sehr selbst der Berliner Oberbürgermeister Böh in Adolf Graebners „Neuem Deutschland“ (Sondernummer). Hinzu kam, daß die Reichsfinanzreform die Grundlage der deutschen kommunalen Selbstverwaltung vollkommen verändert, um nicht zu sagen erschüttert hat. Was Wunder, daß die Gegner des neuen Berlin diesem die Folgen jener Verhältnisse in die Schuhe schieben.

Berlin ist wieder in seiner Entwicklung noch in seiner Verwaltung mit anderen europäischen oder außer-europäischen Großstädten zu vergleichen. Nirgends hat die Entwicklung einer Großstadt ein so umfangreiches Gebiet erfaßt, und nirgends ist eine so weitgehende Zersplitterung in Einzelgemeinden vorhanden gewesen. Daher die ungeheuren Schwierigkeiten der Reueinrichtung, die in den vergangenen drei Jahren noch nicht ganz überwunden worden sind. Berlin hat seine kommunalrechtliche Art beibehalten; es ist eine Stadt wie irgend eine andere deutsch-preussische und erfüllt zugleich die Aufgaben einer Provinz. Das Gesetz hat sich darauf beschränkt, einen bestimmten äußeren Rahmen für die Organisation der Verwaltung vorzuschreiben, die Einteilung in 20 Bezirke usw.

Das neue Berlin hat gutgemacht, was in 50 Jahren einer planlosen baulichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gesündigt und veräußert worden ist, seine Verwaltung einheitlich und kraftvoll zu organisieren, jedem der beteiligten Faktoren zu geben, was im Interesse des Ganzen zweckmäßig und nützlich ist. Eine gemeinsame Bauordnung und ein von großen Gesichtspunkten ausgehender Bebauungsplan werden der Zukunft Halt und Richtung verleihen. Die ungemein günstigen wirtschaftlichen Möglichkeiten Berlins zu Lande und zu Wasser, besonders in verkehrlicher Beziehung, können und müssen in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und in ihren einzelnen Ausrichtungen durch eine zielbewusste Stadtpolitik gefördert werden, um der Bevölkerung Arbeit und Brot zu geben. Die gesellschaftlichen Gegensätze zwischen Osten und Westen, Norden und Süden sind durch Vereinheitlichung und Ausgestaltung der kommunalen Einrichtungen für die Gesundheits- und Wohnungsfrage, die Volksbildung (Schulen) und die Hilfsbedürftigen und durch gerechte Verteilung der kommunalen Steuerlasten zu mildern und auszugleichen.

Es ist ein weiter Weg, den das neue Berlin vor sich hat, ein Weg, der vor dem Kriege, als man finanziell noch aus dem Vollen schöpfte, unüberwindlich und in kurzer Zeit hätte zurückgelegt werden können, der heute nach dem Zusammenbruch nur schrittweise und unter Schonung mancher nicht aufgefällter widerstrebender Elemente zum Ziele führt. Aber das Ziel wird erreicht werden, weil die Natur der Dinge unaufhaltsam dahin drängt, ganz gleich, welche Parteien oder Personen das Steuer des Schiffes führen werden.

### Handel und Verkehr.

Amtl. Berliner Devisenkurse vom Samstag, 17. Nov. (Die Notierungen verstehen sich in Milliarden Mk.)

1 Dollar: Berlin 2,513,700 G., 2,526,300 Br.

1 Goldmark nach dem Berliner Dollarkurs 600 Milliarden (600 Ma.) Papiermark.

1 Goldmark nach dem Berliner Briefkurs 601,5 Milliarden (601,5 Ma.) Papiermark.

Holland	947,625 G.,	952,375 Br.
Belgien	115,71 G.,	116,29 Br.
Norwegen	363,09 G.,	364,91 Br.
Dänemark	428,925 G.,	431,075 Br.
Schweden	664,335 G.,	667,665 Br.
Italien	107,73 G.,	108,27 Br.
London	10 927,5 G.,	11 27,5 Br.
Paris	137,655 G.,	138,345 Br.
Schweiz	442,89 G.,	445,1 Br.
Spanien	327,18 G.,	328,82 Br.
D.-Oesterreich	0,03591 G.,	0,03609 Br.
Prag	73,185 G.,	74,185 Br.
Buenos-Aires	897,75 G.,	904,25 Br.

Die Wirtschaftszahlen sind infolge der seit Freitag unverändert gebliebenen Devisen unverändert.

**Verdoppelung der Biersteuer.** Mit Wirkung ab 19. Nov. erhöhen sich die Steuerfüße von 724 Billionen auf 1448 Billionen und von 883 auf 1766 Billionen.

**Erhöhung der Zuder- und Salzsteuer.** Die Abgabe von Stärkezuder beträgt ab 16. Nov. 6 Goldmark, die von anderem Zuder 15 Goldmark von 100 Kg. Reingewicht. — Die Steuer von Salz beträgt ab 16. Nov. 0,74 Goldpfennig für 1 Kg. Reingewicht.

**Winnenden, 18. Nov.** Dem Schweinemarkt waren 85 Stück Milchschweine und 3 Käufer Schweine zugeführt. Preis für Milchschweine 4,5—5,4 Billionen, für Käufer Schweine 9—12 Billionen für 1 Stück. Handel lebhaft.

**Zufuhr zum Fruchtmarkt:** 29 Htr. Weizen, 89 Htr. Hafer, 9 Htr. Gerste, 3,5 Htr. Dinkel und 8 Htr. Roggen. Preis für Weizen 4,5—5,4, Hafer 2,1 bis 2,7, Gerste 3,6—4,5, Dinkel 3—3,6, Roggen 4,2 bis 4,5 Billionen für 1 Htr.

**Dem Obstmarkt** waren zugeführt: 80 Sacke Roggenobst und 137 Körbe Tafelobst. Preis für Roggenobst 8—10 Goldmark, für Tafelobst 12—15 Goldmark je nach Sorte. — Rächster und letzter Obstmarkt am Donnerstag den 22. November.

**Berliner Produktendörse, 17. Nov.** Weizen, märk. 192—200, matt, Roggen, märk. 183—184, matt, Gerste, Sommergerste, märk. 178—182, ruhig, Hafer, märk. 163—180, in Goldmark per 1000 Kg. Weizenmehl 22—35, Roggenmehl 30,50—32,50, Weizenkleie 8,40, Roggenkleie 8—8,20, Raps 320—330, Viktoriaerbsen 13—52, kleine Erbsen 33—36, Pflanzschoten 18 bis 20, Seradella 1920 20—23, R. 1921 18,50—14, Trockenstängel 8

**Wälgauer Butter- und Käsemarkt, 14. Nov.** (Goldmarkpreise.) Je Pfund wurden folgende Goldmarkpreise festgesetzt: Butter 1,30—1,44; Weichkäse, mit 20 Prozent Fettgehalt, konsumreif 0,40—0,54; Wälgauer Rundkäse ausgegärteter 0,6—0,7. Wälgauer Rundkäse konsumreif 0,89—1,10.

## Letzte Nachrichten.

### Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei.

WTB. Berlin, 19. Nov. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern in Berlin unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden, Finanzministers Dr. von Richter, zu einer aus allen Teilen des Reichs stark besuchten Sitzung zusammen. Der Parteivorsitzende, Reichstagsführer Dr. Stresemann, hielt ein zwölfwöchiges Referat über die gesamte innen- und außenpolitische Lage. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Aussprache, an der sich Vertreter aller Wahlkreise, sowie auch zahlreiche Mitglieder der Reichstagsfraktion beteiligten, gestaltete sich zu einer überwiegend vertrauenslandgebend für den Parteiführer und Reichstagsführer Dr. Stresemann. Das Ergebnis der Aussprache fand seinen Ausdruck in folgender Entschließung:

Der Zentralvorstand gedenkt in Trauer und mit Stolz der tapferen Volksgenossen an Rhein und Maas in dieser tiefsten Not und ist mit der Reichsregierung darin einig, daß der staatsrechtliche Zusammenhang des besetzten Gebietes mit dem Reich und den Ländern unverändert bleibt. Deutsch ist das besetzte Gebiet und deutsch soll es bleiben immerdar. Der Zentralvorstand spricht dem Parteiführer Dr. Stresemann sein vollstes Vertrauen aus. Er ist der Auffassung, daß schon mit Rücksicht auf die außenpolitischen Beziehungen jede Aenderung in der Führung der politischen Geschäfte ausgeschlossen ist. Solange die Möglichkeit nicht besteht, eine größere Basis für das Kabinett zustandzubringen, steht er in der Zusammenfassung der zur Zeit das Kabinett stützenden Parteien unter Führung des Reichstagsführers Dr. Stresemann die einzige parlamentarische Möglichkeit für eine geordnete politische Weiterarbeit. Dabei nimmt der Zentralvorstand von der Erklärung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz Kenntnis,

daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers legenden Forderungen der anderen Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion und ist von ihr überzeugt, daß sie ihren Führer in seiner Politik restlos unterstützen wird.

Die Entschließung wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 200 gegen 11 Stimmen angenommen.

### Polcarens neue Sonntagstreue über die Reparationsfrage.

WTB. Paris, 19. Nov. Polcare sprach gestern bei der Einweihung eines Reiterdenkmals in Neuilly bei Paris. Unter Wiederholung aller seiner bekannten Argumente erklärte er u. a.: Die Reparationskommission wird die Deutschen anhören, die Sachverständigen ernennen, die sie zu ernennen bestimmt ist. Sie wird die Zahlungsfähigkeit Deutschlands heute, morgen, später und jedesmal dann abschätzen, wenn sie es für notwendig hält. Sie wird die Rissen festsetzen, die sie für richtig und billig hält unter Verbehalten der Pfänder, die Frankreich in der Hand hat und die es nie gegen endgültige Bezahlung freigeben wird.

### Amerika und die Hohenzollern.

WTB. Washington, 17. Nov. Neuter zufolge glaubt Präsident Coolidge, das amerikanische Volk werde mit jedem Schritt der Alliierten zur Verhinderung einer Wiederherstellung einer Hohenzollernmonarchie sympathisieren, wenn auch die amerikanische Regierung selbst in Übereinstimmung mit einer seit langem bestehenden Tradition dieser Angelegenheit nicht handeln könne.

WTB. Paris, 17. Nov. Havas berichtet aus Washington: In Verantwortung einer Anfrage, in der um genaue Angabe über die am Dienstag in einem öffentlichen Communiqué zum Ausdruck gebrachte Haltung der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Wiederherstellung der Monarchie gelehrt worden sei, sei im Weissen Haus erklärt worden,

die Politik der Vereinigten Staaten, die seit langem speziell in der Monarchie-Politik zum Ausdruck kommt, habe stets dem republikanischen Regierungsgedanken zugeneigt. Das bedeute, daß nicht jedes beliebige Mitglied der Regierung oder auch nur die Regierung selbst das Recht hätte, einzugreifen, selbst wenn das Volk eine derartige Intervention wolle. Die Gründe, die die Vereinigten Staaten zum Eingreifen in den Krieg veranlaßt hätten, seien die Absichten gewesen, dem Kaiser vom Thron zu verjagen, seine Ambitionen zu unterdrücken und die Wiederherstellung all dessen zu verhindern, was die kaiserliche Regierung zu verwirklichen erstrebte. Die Unterzeichner des Versailles-Vertrags müßten genügend Autorität besitzen, um diesen Bestimmungen des Vertrags Respekt zu verschaffen.

### Nach in Revierstraße Plünderungen.

WTB. Revierstraße, 17. Nov. Im Anschluß an Demonstrationen von Gewerkschaften auf dem Marktplatz und den anliegenden Straßen und Plätzen, die von der Polizei gestreut wurden, kam es in drei Lebensmittelgeschäften der Mittelstadt zu Plünderungen. Die Plünderer wurden durch das Einschreiten der Polizei alsbald vertrieben, sodas ihre Beute nicht allzugroß war. Die Polizei nahm eine Anzahl von Verhaftungen vor.

### Die Sonderkredite.

WTB. Speyer, 17. Nov. (Pils.-Telegr.) Wie wir aus privater, zuverlässiger Quelle hören, hat die separatistische Regierung des Pfalz den führenden Persönlichkeiten im Gewerkschaftsleben die Forderung gestellt, sich für die separatistische Regierung zu erklären. Es folgt eine zustimmende Erklärung nicht binnen kurzer Frist, so drohen die Separatisten mit Ausweisung. Das Eigentum der Ausgewiesenen bleibt zurück und wird von den Separatisten verpfändet.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

## Ämliche Bekanntmachungen.

### Papiermarkbezahlung und Goldmarkpreis.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß es verboten ist, Bezahlung von Waren oder Leistungen in Papiermark abzulehnen und zwar gilt dieses Verbot nicht nur für den Kleinhandel, sondern für die Erfüllung und den Abschluß von Verträgen aller Art, insbesondere auch im Großhandel. Ferner ist es verboten, die Goldmarkpreise willkürlich zu erhöhen. Forderung von Goldmarkpreisen, die durch die Herstellungskosten nicht gerechtfertigt erscheinen, werden als Preistreiber verfolgt.

Das Landjägerstationskommando und die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, Zuwiderhandlungen gegen obige Vorschriften rüchlos zur Anzeige zu bringen.

Ragold, den 16. Nov. 1923. Oberamt.

### Sicherstellung des Wareneinkaufs.

Für die sämtlichen Gemeinden des Oberamtsbezirks Ragold wird auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 22. Okt. 1923 (R.G.B. S. 992) und der Verfügung des Württ. Arbeitsministeriums vom 10. November 1923 (Staatsanzeiger Nr. 265) bestimmt:

Wieder-Verkaufszeit im Sinne des § 1 der gen. Reichsverordnung sind die Stunden von vormittags 9—12 Uhr und von 3—5 Uhr nachmittags.

Während dieser Zeit sind sämtliche Geschäfte zum Verkauf von Gegenständen des täglichen Bedarfs für das Publikum offen zu halten. Längeres Offenhalten der Geschäfte bis zur gesetzlichen Höchstverkaufszeit ist zulässig.

Das Landjägerstationskommando und sämtliche Ortspolizeibehörden haben die Einhaltung obiger Vorschrift zu überwachen und Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Ragold, den 16. Nov. 1923. Oberamt: Räng.

### Handel mit Schlachtpferden.

Gemäß des § 1 und 2 der Verordnung über Handelsbeschränkung vom 13. VII. 1923 (R.G.B. S. 706) ist zum Handel mit Schlachtpferden besondere Handelsbeschränkung erforderlich, für deren Erfüllung die Landesversorgungsstelle zuständig ist. Anträge sind bei dem zuständigen (Stdt-)Schultheißenamt zu stellen, das dieselben dem Oberamt vorzulegen hat.

Das Landjägerstationskommando und die Ortspolizeibehörden haben den Handel mit Schlachtpferden zu überwachen und Verstöße zur Anzeige zu bringen.

Ragold, den 17. Nov. 1923. Oberamt: Räng.

### Heberberg.

## Todes-Anzeige.



Allen Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Gatte, Vater und Großvater

**Johannes Reutshler**

Schaffenswart

heute Sonntag Nachmittag 2 Uhr sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernde Wittin: **Barbara Reutshler** mit Kindern.

Beerdigung Dienstag Mittag 2 Uhr.

Alle Farben, Pöcke, Dele  
Pinjel, Mattierungen,  
Polituren, Beizen, Leim  
Glaspapier u. s. w.

kaufen Sie am besten  
im Spezialgeschäft bei  
**R. Ungerer, Ragold**  
Telefon Nr. 4.

### Briefordner

und

### Schnellhefter

sowie

Durchschlagpapier  
Schreibmaschinen „  
Kohlenpapier

hat stets auf Lager  
die

**W. Rieker'sche Buchhdlg.**  
Altensteig.

Ein 1/2-jährige reifere

### Zuchtziege

verkauft oder vertauscht, wer?  
sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

### Ich tausche

ein Zuchtschwein, 11 Wochen  
altes, geg. 2 cf. 1 Wuchtschwein  
Feuerbacher, Simmersfeld

## Zur gef. Aufklärung.

Laut getroffener Vereinbarung nehmen wir unterzeichneten Geschäftsleute bis auf weiteres die städt. Gutscheine, sowie sämtliche Schecks auf hiesige Gewerbebank und Girokasse, einschließlich der von hiesigen Fabrikanten ausgestellten Notsschecks an Zahlungsstatt an, möchten jedoch bitten, solche jeweils Vormittags bis 1/2 12 Uhr einzureichen, damit die Gutschrift am gleichen Tage noch erfolgen kann.

Unsere Verkaufsräume sind

## von heute ab geöffnet:

von morgens 1/2 9—12 Uhr,  
nachmittags von 1/2 2—1/2 6 Uhr.

**Paul Beck**

**R. Hayer**

**Chr. Burghard jr.**

**Hch. Henssler**

**Fr. Bühler jr.**

**Chr. Krauss**

**Fr. Eckhardt**

**Lorenz Luz**

**A. Flächer**

**G. Wucherer.**

**Carl Flaig**

## Butter-Pergament

und

weiss

## Einwickelpapier

sowie

## Packpapier

empfiehlt die

**W. Rieker'sche Buchhandlg.**

Altensteig.

## Alten Grundfägen tren

werde ich auch in den kommenden Wochen  
trotz Schnee und Eis

meine werke Rundschaff auf's beste zu bedienen  
suchen; Notgeld u. Zuckerscheine  
werden nach wie vor u. s. w. in  
Zahlung genommen, doch ist im In-  
teresse besserer Einkaufsmöglichkeiten werbe-  
ständiges Geld am meisten erwünscht.

### Rochsalz

wird wie früher zu 5 Pfennig das Pfund ge-  
liefert und bei Kauf-Geschäften der seit zwanzig  
Jahren bestehende Friedens-Preis zu Grund  
gelegt.

Altensteig, 19. Nov. 1923.

**Fritz Bühler jr.**

G. R. Luz Nachfolger.